

öffentliche N I E D E R S C H R I F T
VERTEILER: 3.3

Körperschaft	: Stadt Norderstedt	
Gremium	: Ausschuss für junge Menschen, JM/067/ IX	
Sitzung am	: 04.07.2007	
Sitzungsort	: Sitzungsraum 2 Rathausallee 50, 22846 Norderstedt	
Sitzungsbeginn	: 18:30	Sitzungsende : 20:03

Öffentliche Sitzung
Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzende/r	: gez.	Karlfried Wochnowski
Schriftführer/in	: gez.	Carola Meißner

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Ausschuss für junge Menschen
Sitzungsdatum	: 04.07.2007

Sitzungsteilnehmer

Vorsitz

Wochnowski, Karlfried

Verwaltung

**Bertram, Jan-Peter
Freter, Harald Dr.
Gattermann, Sabine
Lange, Henrika
Meißner, Carola
Wessel, Erwin**

**Abteilung 421
Erster Stadtrat
Amt 42
Amt 41
Protokoll
Amt 68**

Teilnehmer

**Algier, Ute
Bülow, René
Fedrowitz, Katrin
Gutzeit, Dagmar
Krebber, Helmuth
Murmans, Joachim
Röll, Ingbert
Schulz, Joachim
Vorpahl, Doris
Weidler, Ruth
Oehme, Kathrin**

für Frau Paschen

**für Frau Ehrenfort
für Herrn Hagemann
als Gast**

sonstige

**Zibell, Hans-Joachim
Bialoan, Bernd**

als Gast

Entschuldigt fehlten

**Claßen, Tobias
Ehrenfort, Renate
Hagemann, Holger
Paschen, Charlotte**

**VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE**

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Ausschuss für junge Menschen
Sitzungsdatum	: 04.07.2007

Öffentliche Sitzung

TOP 1 :

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2 :

Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung

TOP 3 :

Einwohnerfragestunde

TOP 4 : B 07/0253

Betreuung im Elementarbereich der Kindertagesstätten

TOP 5 : A 07/0236

Umfassende Information und Anhörung Norderstedter Eltern von Schulkindern über die Umsetzung des neuen Schulgesetzes, speziell über die Gemeinschafts- und Regionalschule

hier: Antrag der SPD - Fraktion vom 11.06.2007

TOP 6 : B 07/0252

außerplanmäßige Ausgabe Umbaumaßnahmen Offene Ganztagschule Realschule Harksheide

TOP 7 : B 07/0251

außerplanmäßige Ausgabe Unterstand Schulbushaltestelle Schulzentrum-Süd

TOP 8 : B 07/0249

**Antrag auf Investitionskostenzuschuss 2008 für notwendige
Bauerhaltungsmaßnahmen im Neubau der kath. Montessori-Kindertagesstätte St.
Annen**

hier: vorzeitiger Baubeginn

**TOP 9 :
Berichte und Anfragen - öffentlich**

**TOP 9.1 :
Knirpsenparadies**

**TOP 9.2 : M 07/0272
Belegungszahlen der Kitas in den Ferien**

**TOP 9.3 :
Schulentwicklungsplanung**

Nichtöffentliche Sitzung

**TOP 10 :
Berichte und Anfragen - nicht öffentlich**

TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Ausschuss für junge Menschen
Sitzungsdatum	: 04.07.2007

TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Wochnowski eröffnet die 67. Sitzung des Ausschusses für junge Menschen, begrüßt die anwesenden Gäste sowie die Verwaltungsmitarbeiter und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlußfähigkeit mit 11 Mitgliedern fest.

TOP 2: Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Herr Krebber beantragt für die SPD-Fraktion, den zur Sitzung nachgereichten Antrag A 07/0236 - Umfassende Information und Anhörung Norderstedter Eltern von Schulkindern über die Umsetzung des neuen Schulgesetzes, speziell über die Gemeinschafts- und Regionalschule –per Dringlichkeit auf die heutige Tagesordnung zu setzen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen.

Damit wird dieser Punkt als neuer Top 5 auf die Tagesordnung genommen.

Der Ausschuss für junge Menschen beschließt die so geänderte Tagesordnung insgesamt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen.

TOP 3: Einwohnerfragestunde

Zunächst beantwortet Herr Dr. Freter noch offene Fragen aus der Sitzung des Ausschusses für junge Menschen vom 20.06.2007 zu dem Beschluss vom 18.04.2007 von Frau Schmieder, Rembrandtweg 24, Norderstedt aus Sicht der Verwaltung.

Zu Frage 2) Verträge mit den nichtstädtischen Trägern: Was passiert, wenn mit den privaten Trägern keine Einigung zu Schließzeiten „verhandelbar“ ist? Werden dann die bestehenden Verträge gekündigt oder werden Schließzeiten dann nur noch in städtischen Einrichtungen umgesetzt?

In den gültigen Verträgen mit den nichtstädtischen Trägern heißt es in §1 „...Innerhalb des durch § 7 des Vertrages vorgegebenen Kostenrahmens sind die Träger in der Gestaltung der Betreuungszeiten frei...“, lediglich für die Berechnung des Stellenschlüssels und der Regelgebühr ist im Vertrag festgeschrieben, in welchen zeitlichen Rahmen sich die verschiedenen Betreuungsformen bewegen. D.h., dass sie nach den geltenden Verträgen über Schließzeiten selbst entscheiden können.

Das Ergebnis der anstehenden Gespräche ist aus Sicht der Verwaltung offen. Einigen wir uns, würde der Vertrag um die Vereinbarung der Schließtage ergänzt. Einigen wir uns nicht, habe ich die anwesenden Stadtvertreter/innen auf der Sitzung der interfraktionellen AG so verstanden, dass dann erneut beraten wird. Das Ergebnis dieser Beratungen kann die Verwaltung nicht vorwegnehmen, hier müsste ggf. der Ausschuss eine politische Einschätzung abgeben.

Zu Frage 4) Wo werden die „gewonnenen“ Betreuungsstunden durch Schließzeiten festgeschrieben, damit sie bei Personalfuktuation nicht abgebaut werden?

Wenn der Ausschuss/die Stadtvertretung keine Veränderungen im Stellenplan und bei den veranschlagten Personalkosten vornimmt, verbleiben die durch Schließzeiten gewonnenen Betreuungsstunden in den Kitas. Wichtig ist ferner, dass es weiterhin einen Stellenschlüssel gibt, da ansonsten jederzeit festgestellt werden könnte, dass Stellen nicht wieder besetzt werden.

Im Stellenplan stehen die Stellen, die potentiell besetzt werden können. Im Haushalt stehen die Personalkosten, die hierfür zur Verfügung stehen. Theoretisch ist es möglich (und kommt auch vor), dass weniger Geld bereitgestellt wird und dann nicht alle Stellen besetzt werden können. Und auch wenn Stellen und Geld „übereinstimmen“ könnte natürlich noch eine Bewirtschaftung erfolgen, d.h. auf diese Weise Geld für andere Zwecke umgeschichtet werden. Deshalb ist der Stellenschlüssel wichtig, der letztlich eine Vorgabe macht, wie die vorhandenen und haushaltsmäßig gedeckten Stellen zu besetzen sind. Daher müssen drei Bedingungen erfüllt sein: Stellenplan, Bereitstellung von Haushaltsmitteln und Stellenschlüssel.

Zu Frage 6) Sollten die Auswirkungen der Mitbestimmungspflicht nicht vor allen weiteren Gedanken/Umsetzungen geklärt werden?

Die Dienststelle wird nach Auskunft des Hauptamtes erst dann ein Mitbestimmungsverfahren einleiten, wenn ein Beschluss der Stadtvertretung zur Satzungsänderung vorliegt. Sonst gibt es keine Grundlage auf der mit dem Personalrat verhandelt werden kann. Der Personalrat ist aber am Verfahren beteiligt und wird informiert.

Grundsätzlich ist es so, dass auch in einem Mitbestimmungsverfahren der Personalrat nicht einfach „nein“ sagen kann. Immerhin ist die Dienststelle durch politische Beschlüsse auch gebunden. Im Zweifel gibt es ein Einigungsstellenverfahren. Wichtig ist, dass die Interessen der Mitarbeiter/innen im Mitbestimmungsverfahren Berücksichtigung finden. Eine Aussage über negative Auswirkungen ist also nicht vorhersehbar.

Zu Frage 10) Unter Berücksichtigung der folgenden Aspekte, wie hoch sind die tatsächlich gewonnenen Betreuungsstunden (Saldo unter Berücksichtigung etwaiger monetärer Mehraufwendungen) für die Umsetzung des Bildungsauftrages zu Gunsten unserer Kinder?

- **Beitragsersatzung + Essensgelderstattung für Schließzeiten**
- **Minimale Betriebskostensparnis wegen Notgruppen**
- **Personalkosten/Mindestbedarf für Notgruppen**
- **Verwaltungsaufwand der Kita + Verwaltungsaufwand/Beitragsersatzung etc. der Verwaltung**

Der Ausschuss für junge Menschen hat in seiner Sitzung am 15.11.2006 mehrheitlich beschlossen:

„Die CDU sieht einen möglichen Bedarf für eine intensivere Betreuung im Elementarbereich der Kindertagesstätten.

Um die Kinder besser zu betreuen wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, inwiefern Arbeitszeiten zur Kernbetreuung hin verlagert werden können:

- Durchführung von Schließzeiten im Sommer
- Veränderung von Randzeiten
- Mögliche Reduzierung von Freistellungen

Die Verwaltung wird gebeten, entsprechende Vorschläge zur Umsetzung dem Ausschuss für junge Menschen vorzulegen.“

Die Verwaltung hat aufgrund dieses Beschlusses verschiedene Möglichkeiten von Schließzeiten im Sommer vorgestellt. Die weitestgehende war die 20tägige Schließzeit. Die Berechnungen gingen allerdings von einer generellen Schließzeit ohne Notgruppen aus. Da heute nicht absehbar ist, wie viele Notgruppen mit wie viel Personal angeboten werden müssen, lassen sich die gewonnenen Betreuungsstunden nicht genau berechnen.

Bei einer 20-tägigen Schließzeit ohne Notgruppen ergeben sich Personaleinsparungen von insgesamt 7 Vollzeitstellen (5,25 Erzieherinnen, 1,75 soz.päd. Assistentinnen). D.h. es entstehen Personalressourcen von 8274,95 Std. pro Jahr für Erzieherinnen = 159,13 Std. pro Woche und 2758,32 Std. pro Jahr für soz.-päd. Assistentinnen = 53,04 Std. pro Woche für alle städtischen Einrichtungen insgesamt. Umgerechnet ergebe sich für die Gruppen im Elementarbereich eine zusätzliche Personalressource von ca. 6, 5 Std. pro Woche, umgerechnet für alle Gruppen von ca. 4,5 Std. pro Woche.

Bitte haben Sie Verständnis, dass das Fachamt darüber hinaus gehende Berechnungen erst dann anstellen wird, wenn genaue Vorgaben vorliegen. Tatsache ist doch, dass gegenüber den errechneten (maximal möglichen) Potentialen bei veränderten Schließkonzepten auch weniger herauskommt

Die Gebühren- und Essensgelderstattung sind zusätzliche Kosten, die durch die eingesparten Personalstunden nicht aufgefangen werden können, da diese ja in eine verstärkte Bildungs- und Elternarbeit in der Kita eingebracht werden sollen.

Anschließend verliert Herr Wochnowski ein aktuelles Fax gemäß Anlage 1 mit Fragen von Frau Amrhein, Reiherhagen 29, Norderstedt, die von Frau Algier für die CDU-Fraktion beantwortet werden.

Des weiteren verteilt Frau Schmieder Anmerkungen zu dem am 18.04.2007 gefassten Beschluss des Ausschusses aus Elternsicht mit entsprechenden Vorschlägen (Anlage 2) und erbittet hierzu eine Stellungnahme der CDU-Fraktion.

Herr Wochnowski verweist auf einen sich anschließenden Antrag der CDU-Fraktion unter TOP 4.

Herr Krebber antwortet für die SPD-Fraktion.

Herr Reimann, Danziger Straße 5, Norderstedt fragt,

1. wann konkret mit einer Entscheidung und Umsetzung des Beschlusses zu rechnen ist.

Herr Dr. Freter weist auf den von der Verwaltung vorgelegten Zeitplan hin, der nur einzuhalten ist, wenn es heute zu einer Beschlussfassung kommt.

2. ob die vom Land beschlossene Änderung der Kindertagesstättenverordnung bei Vorlagenerstellung durch die Verwaltung berücksichtigt wurde.
Frau Gattermann und Herr Dr. Freter verneinen dieses, da bislang lediglich ein Entwurf der Landesverordnung vorliegt. Im Übrigen hat die Stadtvertretung einen für Norderstedt eigenen Stellenschlüssel festgelegt und Änderungen hierzu sind aus Sicht der Verwaltung nicht geplant.

Frau Sprunk, Pellwormstraße 3 b, Norderstedt fragt ebenfalls nach einem konkreten Zeitplan für die Umsetzung der aktuellen Beschlusslage.

Frau Weidler antwortet für die CDU-Fraktion.

Frau Heidemann, Lütjenmoor 50, Norderstedt fragt nach dem möglichen Einsatz von Hartz IV-Kräften in zu bildenden Notgruppen und nach Möglichkeiten des Einsatzes von arbeitslosen Erzieherinnen.

Frau Gattermann antwortet dahingehend, dass bei den bisherigen Gesprächen mit dem Verein Tagespflege Norderstedt e.V. etwaige Hartz IV-Empfängerinnen bei Personalengpässen über den Stellenschlüssel hinaus in den Gruppen als Zweitkräfte neben einer ausgebildeten Erzieherin angedacht sind.

Frau Wünsche, Norderstedt fragt nach den Vorstellungen zu einem einzuführenden Gutscheinsystem.

Frau Algier antwortet für die CDU-Fraktion.

Die Einwohnerfragestunde wird von Herrn Wochnowski nach Ablauf von 45 Minuten beendet.

TOP 4: B 07/0253

Betreuung im Elementarbereich der Kindertagesstätten

Herr Wochnowski weist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung hin, verteilt hierzu einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion und bittet darum, die Punkte einzeln durchzugehen und separat über die einzelnen Punkten der Vorlage abzustimmen, soweit hierzu Änderungswünsche bestehen .

Redaktionelle Anmerkung die einzelnen Punkte der Vorlage werden im Folgenden durchnummeriert.

Hiergegen erheben sich keinerlei Einwände seitens der Ausschussmitglieder.

Beschlussvorschlag der Vorlage

Die Verwaltung wird gebeten, folgende Konkretisierungen des Beschlusses vom 18.04.07 in die Umsetzung einzubeziehen.

Freistellung von Gebühren für das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung:

1. Bedingung ist, dass die Sorgeberechtigten ihren 1. Wohnsitz in Norderstedt haben, Kostenausgleichsfälle fallen ebenfalls unter die Freistellung. Die Freistellung erfolgt jeweils für den Betreuungsplatz, der bereits belegt wird. Ein Wechsel ist nur in begründeten Fällen möglich. Kinder, die vor dem letzten Jahr vor der Einschulung keine Kindertagesstätte besucht haben, erhalten eine Betreuung mit Freistellung von den Kita-Gebühren im Rahmen der vorhandenen freien Plätze.

Hierzu ergibt sich keinerlei Beratungsbedarf.

2. Für Kinder, die im Jahr vor der Einschulung ausschließlich bei Tagesmüttern betreut werden, wird die Gebühr im letzten Jahr vor der Einschulung ebenfalls erstattet.

Hierzu ergibt sich keinerlei Beratungsbedarf.

3. Für kindergartenähnliche Einrichtungen, die keinen Finanzierungsvertrag mit der Stadt haben, wird die Gebühr im letzten Jahr vor der Einschulung nicht erstattet.

Alternativ

Für kindergartenähnliche Einrichtungen, die keinen Finanzierungsvertrag mit der Stadt haben, wird die Gebühr im letzten Jahr vor der Einschulung nicht erstattet. Eine Ausnahme bildet der Musische Jugendkreis, da hier eine besondere Förderung der Vorschulkinder erfolgt.

Alternativ

Für kindergartenähnliche Einrichtungen wird die Gebühr im letzten Jahr vor der Einschulung ebenfalls erstattet.

Frau Weidler beantragt für die CDU-Fraktion folgende Änderung (Punkt 3 insgesamt):

Für kindergartenähnliche Einrichtungen, die keinen Finanzierungsvertrag mit der Stadt haben, wird die Gebühr im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung ebenfalls erstattet, wenn eine besondere Bildungsförderung auf der Grundlage des Kindertagesgesetzes und der Kindertagesstättenverordnung in diesen Einrichtungen erfolgt.

Abstimmungsergebnis: mit 6-Ja-Stimmen gegen 5-Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Herr Dr. Freter stellt fest, dass die Regelung auch für den Musischen Jugendkreis gelten soll. Dies wird von der Antragstellerin bestätigt.

Zwanzig Schließtage in den städtischen und nichtstädtischen Kindertagesstätten:

4. Die Schließung erfolgt nur in den Elementarbereichen der Kindertagesstätten. Den Eltern wird die Gebühr erstattet.

Alternativ

Die Schließung erfolgt in allen Bereichen der Kindertagesstätten. Den Eltern wird die Gebühr erstattet.

Alternativ

Die Schließung erfolgt in allen Bereichen der Kindertagesstätten. Den Eltern der Elementarkinder wird die Gebühr erstattet.

Frau Weidler spricht sich im Namen der CDU-Fraktion für die erste Alternative aus.

Die Schließung erfolgt in allen Bereichen der Kindertagesstätten. Den Eltern wird die Gebühr erstattet.

Daraufhin stellt Frau Gutzeit für die GALiN-Fraktion folgenden Gegenantrag:

Die Verwaltung hat als Kosten der Schließzeiten etwa € 400.000 jährlich ermittelt. Hinzu kommen noch Verwaltungskosten in nicht genannter Höhe, so dass etwa von einem Volumen von knapp € 500.000 jährlich auszugehen ist, um die Schließzeiten zu finanzieren.

Die GAL-iN- Fraktion schlägt stattdessen vor, das Modell der Schließzeiten nicht einzuführen, sondern die für die Schließzeiten nicht verwandten Gelder sowie nicht näher genannte zusätzliche Verwaltungskosten dafür zu verwenden, die Kinderbetreuung im Elementarbereich, im Hortbereich und bei dem Angebot für Krippenplätze zu verwenden.

Für den Betrag in Höhe von jährlich € 500.000 können etwa 15 zusätzliche Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die vorgeschlagene Verwendung ist sowohl volkswirtschaftlich als auch pädagogisch sinnvoller. Darüber hinaus werden Probleme gelöst anstatt für Eltern Probleme zu schaffen.

Zunächst wird über den weiterführenden Antrag von Frau Gutzeit abgestimmt:

Abstimmungsergebnis zu dem Antrag der GAL-iN: mit 5-Ja-Stimmen gegen 6-Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zu dem Antrag der CDU-Fraktion: mit 6-Ja-Stimmen gegen 5-Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

5. Das Verpflegungsgeld wird entsprechend während der Schließzeit in den städtischen Kindertagesstätten erstattet.

Hierzu ergibt sich keinerlei Beratungsbedarf.

6. Die 20 Tage Schließzeit verstehen sich einschließlich der bisherigen Schließungszeiten (2 Fortbildungstage, 1 Tag Betriebsausflug) in den städtischen Einrichtungen.

Frau Weidler beantragt für die CDU-Fraktion folgende Änderung (Beginn: Die 20 Schließzeiten....):

*Die 20 Schließzeiten in städtischen Einrichtungen = 20 Urlaubstage der Mitarbeiter/-innen, verstehen sich **ausschließlich** der 2 Fortbildungstage, 1 Tag Betriebsausflug, laut geltender Satzung; ggf. kommen diese 3 Tage zu den 20 Tagen Schließzeiten hinzu.*

Abstimmungsergebnis zu dem Antrag der CDU-Fraktion: mit 6-Ja-Stimmen gegen 5-Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

7. Die Schließzeiten sollen für alle Kindertagesstätten in Norderstedt gelten. Aufgrund der bestehenden Verträge mit den nichtstädtischen Träger wird zunächst mit diesen über eine einvernehmliche Lösung verhandelt. Darüber wird dem Ausschuss für junge Menschen berichtet und dieser wird dann beraten, wie weiter vorzugehen ist.

Hierzu ergibt sich keinerlei Beratungsbedarf.

8. Die Schließzeiten werden von den Trägern der Kindertagesstätten festgelegt (drei Wochen im Sommer und fünf Brückentage) und den Eltern im Januar eines jeden Jahres mitgeteilt.

Frau Weidler beantragt für die CDU-Fraktion folgende Änderung (Beginn: Die Schließzeiten...):

Die Schließzeiten werden von den Trägern der Kitas innerhalb der Schulferien festgelegt, wobei mindestens 10 Tage in den Sommerferien, die anderen Tage in den Oster- oder Herbstferien zu nehmen sind. Die Brückentage sind variabel.

Nach Diskussion hierzu erfolgt die Abstimmung.

Abstimmungsergebnis zu dem Antrag der CDU-Fraktion: mit 6-Ja-Stimmen gegen 5-Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

9. Die Träger der Kindertagesstätten bieten während der Schließzeiten eine Notfallbetreuung an. Der Notfall muss von den Eltern im ersten Quartal des Jahres mittels einer Bescheinigung des Arbeitgebers, dass ihnen kein Urlaub im Zeitraum der Schließung gewährt werden kann, nachgewiesen werden. Die Organisation der Notfallbetreuung liegt bei den Trägern.

Hierzu ergibt sich keinerlei Beratungsbedarf.

10. Die Verwaltung wird gebeten mit dem Verein Tagespflege Norderstedt e.V. ein Projekt zu entwickeln, dass Personalengpässe in den Kindertagesstätten aufzufangen hilft. Dazu werden drei halbe Stellen beim Verein geschaffen. Diese werden mit Hartz IV-Empfängerinnen, die zu Tagesmüttern weiterqualifiziert wurden, besetzt. Die Tagesmütter werden im Früh- und Spätdienst der städtischen und nichtstädtischen Kindertagesstätten eingesetzt, bei Bedarf auch für Zeiten, die bisher nicht von den Kindertagesstätten abgedeckt werden (Zeiten nach 17.30 Uhr oder am Samstag). Für das Projekt werden 45.000 € zur Verfügung gestellt.

Frau Weidler beantragt für die CDU-Fraktion folgende Änderung (wird dem Satz vorangestellt):

Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Verein Tagespflege e.V. ein Modulsystem zu entwickeln...

Abstimmungsergebnis zu dem Antrag der CDU-Fraktion: mit 6-Ja-Stimmen gegen 5-Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

11. Die Verwaltung wird gebeten, zum Thema „Gutscheinsystem“ bis November 2007 dem Ausschuss für junge Menschen erste Rechercheergebnisse vorzulegen. Der Ausschuss wird dann beraten, wie mit diesem Thema weiter umgegangen werden soll.

Frau Weidler beantragt für die CDU-Fraktion folgende Änderung (Beginn: Die Verwaltung...):

Die Verwaltung wird gebeten, bis zum 19.09.2007 eine Vorlage für ein Kita-Gutscheinsystem für Norderstedt zu fertigen, wobei die finanziellen Auswirkungen einmal allgemein und zusätzlich speziell für das letzte Kitajahr darzustellen sind.

Herr Dr. Freter bittet in der sich anschließenden Diskussion um ausreichend Zeit, um dieses Gutschein-System mit allen Beteiligten (Eltern, Erzieherinnen und Verwaltung) zu entwickeln.

Vor Beschlussfassung hierzu beantragt Frau Algier eine Sitzungsunterbrechung.

19.46 – 19.51 Uhr: Die Sitzung wird unterbrochen.

Anschließend wird von Herrn Wochnowski für die CDU-Fraktion folgender Antrag zur Abstimmung gebracht:

Die Verwaltung wird gebeten, bis zum 19.09.2007 eine Vorlage für ein Kita-Gutscheinsystem für Norderstedt zu fertigen.

Abstimmungsergebnis: mit 6-Ja-Stimmen gegen 5-Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Abschließend beantragt die CDU-Fraktion:

Der Beschluss der Vorlage B 07/0253 mit den Änderungen wird ausgesetzt bis das Ergebnis für ein Kita-Gutscheinsystem in Norderstedt vorliegt.

Abstimmungsergebnis: mit 11-Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

TOP 5: A 07/0236

Umfassende Information und Anhörung Norderstedter Eltern von Schulkindern über die Umsetzung des neuen Schulgesetzes, speziell über die Gemeinschafts- und Regionalschule

hier: Antrag der SPD - Fraktion vom 11.06.2007

Es wird darauf hingewiesen, dass es unter Punkt IV. des Antrages in diesem Fall heißen muss: „Über den Umsetzungsstand dieses Beschlusses erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung im **Ausschuss für junge Menschen**, spätestens ein Mal im Monat.“

Herr Dr. Freter regt zur Umsetzung dieser Thematik insgesamt eine Einbeziehung des zuständigen Schulamtes dringend an.

Dieser Meinung schließen sich die Ausschussmitglieder an.

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung informiert die Norderstedter Eltern von Schulkindern schnellstmöglich über die Umsetzung des neuen Schulgesetzes.

- I.) Bestandteile der Informationsveranstaltung sind:
 1. Die pädagogischen bzw. schulorganisatorischen Konzepte und ressourcenmäßige Ausstattung Gemeinschafts- und Regionalschule im Rahmen des Modells „Zwei Plus“. Gegebenenfalls ist für eine umfassende Information Expertenhilfe, z.B. aus dem zuständigen Ministerium oder Schulamt anzufordern.
 2. Der aktuelle Stand der Umsetzungsplanung der Verwaltung, insbesondere für die Norderstedter Haupt- und Realschulen.
- II.) Die Veranstaltung soll sich an alle Norderstedter Eltern richten. Hauptzielgruppe ist die Elternschaft der Grundschulen. Die Informationsveranstaltungen sollen stadtteilbezogen durchgeführt werden.
- III.) Es sind Wege aufzuzeigen, wie die Wünsche der Norderstedter Eltern in bezug auf die beiden Modelle Gemeinschafts- und Regionalschule erfasst und bei der Schulentwicklungsplanung berücksichtigt werden sollen.
- IV.) Über den Umsetzungsstand dieses Beschlusses erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung im Ausschuss für junge Menschen, spätestens ein Mal im Monat.

Abstimmungsergebnis: mit 11- Ja Stimmen einstimmig angenommen.

TOP 6: B 07/0252**außerplanmäßige Ausgabe Umbaumaßnahmen Offene Ganztagschule Realschule Harksheide**

Herr Dr. Freter erläutert die Vorlage.

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für junge Menschen stellt die Unabweisbarkeit für die Baumaßnahme „Umbaumaßnahmen Offene Ganztagschule Realschule Harksheide“ fest und bittet den Oberbürgermeister, bei der Haushaltsstelle 221020.95_____ einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 20.500 € zuzustimmen.

Die Deckung erfolgt aus der allgemeinen Rücklage.

Abstimmungsergebnis: mit 11- Ja Stimmen einstimmig angenommen.

TOP 7: B 07/0251**außerplanmäßige Ausgabe Unterstand Schulbushaltestelle Schulzentrum-Süd**

Herr Dr. Freter erläutert die Vorlage und weist insbesondere auf die Kostenneutralität dieser Maßnahme durch Verschiebung der nötigen Mittel zwischen den verschiedenen Haushaltsjahren hin.

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für junge Menschen stellt die Unabweisbarkeit für die Baumaßnahme „Unterstand Bushaltestelle Schulzentrum-Süd“ fest und bittet den Oberbürgermeister, bei der Haushaltsstelle 230400.953100 der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 10.000 € zuzustimmen.

Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei der Haushaltsstelle 230400.950700 – Fliesenarbeiten Flurbereich Schulzentrum-Süd“.

Gleichzeitig soll der gekürzte Betrag in Höhe von 10.000 € für Fliesenarbeiten im Flurbereich Schulzentrum-Süd in den Doppelhaushalt 2008 / 2009 für das Haushaltsjahr 2008 neu eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis: mit 11- Ja Stimmen einstimmig angenommen.

TOP 8: B 07/0249**Antrag auf Investitionskostenzuschuss 2008 für notwendige
Bauerhaltungsmaßnahmen im Neubau der kath. Montessori-Kindertagesstätte St.
Annen**

hier: vorzeitiger Baubeginn

Nach kurzer Erläuterung der Vorlage durch Herrn Dr. Freter erfolgt die Beschlussfassung gemäß Vorlage.

Beschlussvorschlag

Dem Antrag der kath. Montessori-Kindertagesstätte St. Annen auf vorzeitigen Baubeginn für die Abdichtung und Abdeckung der Fenstersohlbänke wird stattgegeben.

Der vorzeitige Baubeginn erfolgt auf eigenes Risiko und beinhaltet keine Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen.

Vor Beschlussfassung über eine evt. Zuschussgewährung ist zu prüfen, ob es sich bei der beantragten Maßnahme auch um Baumängel handelt, die unter die 30jährige Gewährleistungsfrist fällt.

Abstimmungsergebnis: mit 11- Ja Stimmen einstimmig angenommen.

**TOP 9:
Berichte und Anfragen - öffentlich**

**TOP 9.1:
Knirpsenparadies**

Herr Dr. Freter berichtet von einer Mitteilung des Knirpsenparadieses nach einem Tag der offenen Tür.

Von dort wurde angefragt, ob die Stadt 10 Krippenplätze „einkaufen“ wolle.

Der Ausschuss befürwortet, dass vom Knirpsenparadies ein entsprechendes Angebot eingeholt wird.

**TOP 9.2: M 07/0272
Belegungszahlen der Kitas in den Ferien**

Frau Gattermann gibt folgenden Bericht zu Protokoll:

Beantwortung der Anfrage von Frau Ehrenfort der Sitzung vom 20.06.07 zu den Belegungszahlen der Kitas in den Ferien.

Der Verwaltung liegen die Belegungszahlen der städtischen Kindertagesstätten in den Sommerferien 2006 vor:

Kindertagesstätte	belegte Plätze insgesamt	davon durchschnittlich belegt in den Ferienwochen					
		1. Woche	2. Woche	3. Woche	4. Woche	5. Woche	6. Woche
Forstweg	99	71	67	68	60	54	60
Sternschnuppe	76	43	33	29	30	31	33
Norderstedt-Mitte I	98	67	58	58	58	62	75
Wichtelhöhle	73	47	38	35	35	39	45
Storchengang	80	58	55	53	47	57	52
Tannenhof	75	51	45	52	50	52	57
Niendorfer Str.	29	15	7	4	10	9	14
Pustebume	49	21	15	11	15	21	26
Glockenheide	34	23	19	24	18	21	24
Ostdeutsche Str.	47	geschlossen	12	15	15	19	16
Pellwormstr.	30	11	6	7	11	13	13
Gesamt	690	407	355	356	349	378	415

TOP 9.3:
Schulentwicklungsplanung

Herr Bertram gibt ein Schreiben der Realschule Harksheide zum Thema Schulentwicklungsplanung als Anlage 3 zu Protokoll.